

Zulassung der SED in den westlichen Besatzungszonen

An die Britische Militärregierung, Berlin-Charlottenburg

Wir nehmen höflichst Bezug auf die in unserem Auftrag geführten Besprechungen unseres Mitglieds des Zentralsekretariats Herrn *Erich W. Gniffke* mit Herrn Major *Spencer*, bei welcher Gelegenheit unsererseits darauf hingewiesen wurde, daß analog der Bildung von Arbeitsgemeinschaften der CDU-CSU und auch der LDP-FDP für Gesamtdeutschland die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands eine Arbeitsgemeinschaft mit den Kommunistischen Parteien der einzelnen westlichen Besatzungszonen eingegangen ist. Wir baten um Auskunft, ob und welche Formalitäten nach den inzwischen gefaßten und bekanntgegebenen Beschlüssen der englischen Militärregierung gegenüber noch zu erfüllen sind. Im Hinblick darauf, daß es nach der Auskunft des Herrn Major *Spencer* Formalitäten hierfür nicht gibt, wir jedoch der englischen Militärregierung eine offizielle Mitteilung über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft einer gewissen Ordnung wegen geben wollen, fügen wir ein diesbezügliches Schreiben in der Anlage bei.

Herr Major *Spencer* wies in den Unterredungen mit Herrn *Gniffke* darauf hin, daß die englische Militärregierung zur Zeit nicht bereit sei, a) eine Arbeitsgemeinschaft SED-KPD in der englischen Besatzungszone zuzulassen, b) die Reise und das Auftreten in Versammlungen von SED-Politikern, die ihren Wohnsitz in Berlin haben, in der englischen Besatzungszone zu genehmigen.

Herr Major *Spencer* wies ferner darauf hin, daß sich in der Haltung der englischen Militärregierung seit dem vorigen Jahr, als den Zentralsekretariatsmitgliedern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die Visen für die Einreise in die englische Besatzungszone entzogen wurden, nichts geändert habe. Die englische Militärregierung hat damals den Standpunkt eingenommen, daß Politiker der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands so lange nicht in der